

Samstag der 11. März, guten Morgen. Im Streit um Milliarden schwere Subventionen für die Industrie sind sich Europa und die USA näher gekommen bei einem Treffen im weißen Haus. Der Klimawandel bringt immer mehr Trockenheit auch in Österreich, besonders betroffen sind derzeit die Bergbauern im Osten und Süden. Der Energieversorger EVN kündigt die Verträge von Bestandskunden nur um ihnen dann einen neuen Vertrag anzubieten. Dazu hören Sie gleich ein Gespräch mit Konsumentenschützer Thomas Hirnke. In Niederösterreich hat die ÖVP zuerst mit der SBO verhandelt, jetzt verhandelt sie mit den Freiheitlichen und dabei dürfte die FPÖ von einer Bedingung abrücken, die man im Wahlkampf formuliert hat. Und viele Unternehmen unterschätzen die Gefahren durch Cyberkriminalität. Die Hacker haben es zunehmend auf kleine und mittlere Unternehmen abgesehen. Die Wetterausichten hat Gerhard Holzinger. Schwerer Sturm seit gestern Abend überteilen Österreichs, sogar Orkan auf vielen Bergen. Mittlerweile ist es im Westen schon wieder ruhiger geworden, im Osten bleibt es heute aber noch bis in die Mittagszeit stürmisch. Die Temperaturen der Landeshauptstädte liegen aktuell durchwegs im Plus. Es hat zwischen 2 Grad in Bregenz und Salzburg und 7 Grad in Graz. Langsam heute also weniger Wind, am Nachmittag auch im Osten. Dazu ist es generell wechselhaft mit den meisten Schauern von Vorarlberg bis zum Salzkammergut. Schnee fällt häufig bis in tiefe Lagen. Mit 1 bis 9 Grad bleibt es nämlich deutlich kälter als zuletzt. Nur im sonnigen Süden werden es bis zu 12 Grad. Die Nebelfelder lösen sich hier nach und nach auf. In 2000 Meter Höhe hat es heute um minus 8 Grad. Morgen Sonntag weniger Wind und meist 5 bis 11 Grad, in 2000 Meter um minus 5. Im Westen weiter unbeständig. Im Osten und Süden einiges an Sonne. Sehr mild dann vorübergehend am Montag. Ausgerechnet milliardenschwere Investitionen in den Klimaschutz haben zuletzt einen Handelsstreit zwischen den USA und Europa ausgelöst. Es geht um ein US-Gesetz, das zum Beispiel Elektroautos stark subventioniert, aber nur, wenn die Teile dafür aus den USA kommen oder aus Ländern, mit denen es Freihandelsabkommen gibt. Die Europäer haben dadurch große Nachteile befürchtet. Gestern dann haben US-Präsident Biden und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen miteinander gesprochen und dabei hat man Fortschritte in diesem Konflikt gemacht, berichtet aus Washington, in Kapi. Frau Präsidentin, willkommen zurück im Oval Office. Begrüßt US-Präsident Joe Biden, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Weißen Haus. Im Hintergrund knistert das Feuer im Kamin, während Joe Biden betont, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU zur Unterstützung der Ukraine ist. Und dann spricht Joe Biden ganz kurz das Thema, das zuletzt für massive Spannungen zwischen den USA und der EU gesorgt hat, die hunderte Milliarden schweren Investitionen in den Klimaschutz, die die USA beschlossen haben und Subventionen und Steuerkürzungen für US-Produkte. Danach wird eineinhalb Stunden hinter verschlossenen Türen gesprochen bis Ursula von der Leyen aus dem Weißen Haus und vor die Presse tritt und von guten, konstruktiven Gesprächen berichtet. Zuvor haben EU und US-Vertreter monatelang im Hintergrund gearbeitet, denn die EU-Kommission sieht Joe Bidens Klimapakete als ernsthafter Gefahr für die europäische Industrie. Denn

einige europäische Firmen haben bereits angedeutet, Produktionen, etwa von Batterien für Elektroautos,

lieber von der EU in die USA zu verlagern. Denn so können sie von den Milliarden Subventionen profitieren. Nun zeichnet sich im Handelskonflikt eine Entschärfung ab, man wolle unverzüglich ein Abkommen für Mineralien für Autobatterien aushandeln, führt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aus.

Das angestrebte Abkommen soll es ermöglichen, dass auch in Europa abgebaute oder verarbeitete Mineralien für E-Autos, für Steuergutschriften und Subventionen der USA infrage kommen.

Ziel ist eine neue transatlantische Rohstoffallianz, heißt es aus dem Weißen Haus, man wolle keine Konkurrenz, sondern eine Kooperation mit der EU. Denn klar ist, wie wichtig Kupfer, Nickel-Lizium mit Zetra für Elektromobilität sind und dass sich im Wettlauf um die wertvollen Rohstoffe bisher China am allerbesten geschlagen hat. Das wollen die EU und die USA jetzt ändern, durch historische Investitionen in den Ausbausauberer Energie, damit verbundene Jobs und stabile Lieferketten. Das sei entscheidend, um CO2-neutral zu werden, so Ursula von der Leyen.

Die Details und das sind sehr viele, müssen aber erst ausverhandelt werden. Laut dem Weißen Haus wird das noch einige Wochen dauern.

Während die Politiker also über Geld und Subventionen für den Klimaschutz verhandeln, wird der Klimawandel immer mehr zum Problem. Das sieht man zum Beispiel am

Grundwasserspiegel

in Österreich, der ist so niedrig wie noch nie in den letzten Jahrzehnten. Weil es in den letzten Jahren im Schnitt zu wenig geregnet hat, ist vor allem der Osten und der Süden von Wasser knappheit betroffen. Besonders hart trifft es derzeit die Bergbauern in Kärnten, deren Brunnen immer wieder und zum Teil dauerhaft versiegen, Jürgen Pettinger berichtet. Schon seit über einem Jahr etwa müssen Bauernhöfe im Lavantall in Kärnten von der Feuerwehr mit Nutz- und Trinkwasser versorgt werden. Die Brunnen dort liegen trocken, vor allem in höheren Lagen, sagt Wolfgang Weißhaupt, Bezirksfeuerwehrkommandant von Wolfsberg. Der Grund dafür sind teilweise die Brunnen, die versiegen, das heißt die Schüttung passt nicht mehr. Und wenn jetzt die Bauernhöfe mehrere Tiere haben, die was am Tag natürlich sehr viel Wasser brauchen, sind die Feuerwehren im Bezirk schon gefordert, das Trinkwasser dort im Auge hinzubringen. Allein im Vorjahr mussten 4,6 Millionen Liter Trinkwasser im Bezirk Wolfsberg verteilt werden, um die Höfe dort am Leben zu erhalten. In den letzten Jahren hat es schlichtweg zu wenig geregnet, sagt Roman Neuntäufel von der Universität für Bodenkultur in Wien. Es regnet zwar immer wieder, aber nie so viel wie im Durchschnitt der letzten 30 Jahre.

Das macht sich momentan mittlerweile auf den Grundwasserständen bemerkbar, das heißt wir sehen an vielen Grundwasser-Messstellen, dass es neue Tiefstände gibt, so tief wie wir sie eigentlich noch nie gesehen haben, seit die Aufzeichnungen an diesen Messstellen laufen, also das können teilweise 30, 40, 50 Jahre sein.

Betroffen ist unter anderem auch der Bio-Bauer Michael K. Spaumer. Er betreibt eine Landwirtschaft

mit Milchkühen und Ziegen in den Nockbergen auf 1300 Metern Seehöhe mit Blick auf den Milchstädter See. Seit mehreren Jahren versiegt auch Seinbrunnen immer wieder.

Und irgendwann ist der Punkt dann da, dass du in der Früh aufstehst und du bist vor einem Steuern ein Glas Wasser trinken, dass dann der Wasserhahn den Druck nicht mehr hat.

Und dann musst du einmal kurz innehalten. Und das ist tatsächlich wirklich worst case, also da zieht es dir den Boden für die Viers weg.

Für den Bergbauern eine mehr als bedrohliche Situation. Er braucht das Wasser aus der Quelle nicht nur für sich und seine Familie, sondern auch als Trinkwasser für die Tiere und um die hygienischen Standards als Bio-Betrieb zu erfüllen.

Das heißt, wir kommen mit dem Grünland, das heißt, dass unsere Tiere Erweidefläche haben und genügend Gras haben zum Fressen praktisch und dass wir genügend Heu haben für den Winter, was wir ernten können, weil es genug geregnet hat, also diese Gewitterniederschläge

sozusagen, die waren ja da. Aber damit die Wasserspeicher am Berg gefüllt werden, für das haben wir, war die letzten zwei Jahre, war einfach kontinuierlich zu wenig Niederschlag. Michael Kersparma fordert die Politik dringend dazu, auf den Kampf gegen den Klimawandel zu intensivieren.

Man braucht in Endeffekt eine globale Lösung, die Problematik kann der Einzelne per See nicht lösen, nur im Gemeinsamen, also wenn sie alle an den Spürregeln halten.

Sollte allen Wirtschaft in bestimmten Regionen bald nicht mehr möglich sein, habe das auch gravierende Auswirkungen auf die Menschen in den Tälern.

Die Energiepreise für die Haushalte bleiben ein Dauerthema in Österreich, doch auch wenn sich die Großhandelspreise schon seit einiger Zeit nach unten bewegen, bei den Strom- und Gaskunden kommt es nur teilweise und mit Zeitverzögerung an.

Gestern hat etwa der niederösterreichische Landesenergieversorger EVN für einiges Aufsehen gesorgt. Dort wird man die Verträge von 300.000 Bestandskunden kündigen und ihnen in weiterer Folge einen neuen Vertrag anbieten mit einer zwölfmonatigen Preisbindung. Das alles passiert über einen eingeschriebenen Brief, auf den man reagieren muss, ansonsten droht das Ende der Strom- und Gaslieferungen.

Und das möchte ich jetzt mit Thomas Himke vom Verein für Konsumenteninformation besprechen. Guten Morgen.

Schönen guten Morgen.

Herr Himke, ein bisschen erinnert die Vorgangsweise an die Wien-Energie, auch dort hat man die Bestandskunden im Herbst dazu gedrängt, einen neuen Tarif zu wählen, auch dort mit zwölfmonats Preis-Garantie oder Preis-Bindung, je nachdem wie man es sieht.

Was ist denn der Unterschied zwischen dem Vorgehen von Wien-Energie und der EVN?

Ja, bei der Wien-Energie ist vereinfacht gesagt eine Zwangsumstellung von einer neuen Tarif-Generation

erfolgt zum 01.09., da gab es Probleme, die wir auch kritisiert haben rund um Transparenz, und so weiter, der entscheidende Unterschied ist, dass die Wien-Energie ihre Kunden nicht rausgeworfen hat, während die EVN genau das tut und offenbar die Kunden, die das Form nicht teilweise verstehen werden, sind die EVN offenbar egal.

Aber im Prinzip ist es so, dass beide Unternehmen mehr oder weniger Druck ausgeübt haben auf ihre Bestandskunden, ist es rechtlich so in Ordnung, wie ist es aus Konsumentenschutz, aus Konsumentensicht zu bewerten, was da jetzt ganz konkret bei der EVN passiert?

Der rechtliche Rahmen gibt natürlich ja, dass Verträge gekündigt werden können und auch ein Alternativangebot gemacht werden kann.

Andererseits hat der Energieversorger einen gewissen Versorgungsauftrag, den man nachkommen

muss.

Wenn er jetzt so großflächig 300.000 Kunden kündigt, dann kommt er dem meines Erachtens nach nicht nach, denn es ist ja wichtig, so wie sie es vorher schon gesagt worden ist, wer nicht reagiert, hat irgendwann keinen Strom und kein Gas mehr, es gibt auch keine Ersatzlösung für dieses Vorgehen, das heißt es kann für viele, die das letztlich nicht reagieren zu einem riesen Problem werden.

Und es ist auch keineswegs so, dass das konsumentenschutzrechtlich genau diese Vorgangsweise geboten

wäre, weil das wieder von der EVN teilweise so behauptet.

Laut EVN werden die Verträge kündigt, um die Kundinnen und Kunden vor Preis Steigerungen zu bewahren.

Klingt jetzt in dieser Formulierung positiv, aber ist das die ganze Wahrheit oder was könnte denn da noch dahinter stecken?

Wenn man sich die korporierten Preiseänderungen anschaut, dann ist es ja komisch, weil der Gesamtpreis in etwa gleich bleiben wird, so wie haben wir eine gleiche Änderung beim Grundpreis und dann beim Arbeitspreis.

Man fragt sich, warum erfolgt das dann so?

Ich denke mal, dass da wahrscheinlich auch andere Änderungen erfolgen.

Es ist auch seitens der Wien-Energie im Herbst eben eine komplette Umstellung etwa der Preisanpassungssystematiker folgt.

Man wird sich daher noch genauer anschauen müssen, was da wirklich alles geändert wird und die Leute müssen dann auch das bewerten.

Also es kommt nicht nur auf den Preis an, es kommt auch auf die sonstigen Änderungen an, die passieren und man muss diese Bindungswirkung für sich bewerten, weil zumindest die Momente

jetzt mal für die nächsten Monate mit sinkenden Preisen gerechnet wird, weil der Markt der Preismäßig nach unten geht.

Sie sprechen das schon an, die Großhandelspreise sind seit einiger Zeit am sinken, d.h. wenn man jetzt zum jetzigen Zeitpunkt eine zwölfmonatige Preisbindung akzeptiert, dann kann es ja passieren,

dass man sozusagen Nachteile hat, im Umkehrschluss heißt das, dass die EVN hätte einen finanziellen

Vorteil, wenn sozusagen die Kunden weiterhin relativ hohe Preise zahlen, man selbst aber zu Großhandelskonditionen einkaufen kann, die deutlich niedriger sind.

Genau, die EVN hätte dann einen Vorteil, zumindest im Moment schaut es für die nächsten Monate so aus, dass es eher sinkt.

Es ist daher auch zu erwarten, dass es durchaus auch interessante alternative Angebote am Markt geben könnte.

Man wird schauen müssen, die schreiben, kann man Ende März bis Mitte April etwa raus, was dann dort am Markt vorhanden ist, wenn man in den Tarifikalculator der E-Kontrolle schaut, war bereits gestern so, dass es bessere Angebote gab.

D.h. Sie raten als Konsumentenschützer den Bestandskunden, die diese Briefe bekommen, ganz genau hinzuschauen und sich zu überlegen, nämlich das Angebot an oder gibt es günstigere

Angebote?

Genau, also genau den Preis anschauen, schauen, ob vor allem beim Preis auch ein günstigeres Angebot ist, man muss die sonstigen Änderungen anschauen, das werden wir auch dann machen, wenn diese schreiben und Informationen da sind und diese Bindung muss man bewerten, auch wieder, wie die Marktaussicht etwa dann in einem Monat sein wird.

Um es auf den Punkt zu bringen, nach allem, was wir bisher wissen, ist das jetzt ein gutes Angebot oder eher nicht?

Auf dem ersten Blick ist es kein gutes Angebot.

Ein Hintergrund für das Vorgehen der EVN dürfte ja auch der Rechtsstreit um die Verbundtarife gewesen sein, können Sie noch einmal ganz kurz erklären, worum es da gegangen ist?

Ja, beim Verbund ging es vereinfacht gesagt darum, dass der Verbund Energie aus Wasserkraft erzeugt, das hat auch immer so beworben und aber dem Preis gestaltet nach dem Großhandelspreis vereinfacht gesagt und dort ist ja immer, aufgrund des Married Order Prinzipes, das teuerste Kraftwerkentscheiden für die Preisbildung und das Pastag nicht zusammen, das Gericht hat vereinfacht gesagt, man kann den Preis nur so anpassen, wie es der eigenen Kostenstruktur entspricht und das wäre ja auch sachlich gerechtfertigt.

Das gilt ja auch für andere Branchen, etwa bei Krediten von Banken, die können ja auch nicht die Zinsen erhöhen, wie sie wollen oder sich an irgendetwas orientieren, was unsachlich ist.

Also das ist eigentlich ein guter Rahmen, ein sachlich angemessener Rahmen und dann den könnte man sich auch halten als Energieambient und muss nicht solche Maßnahmen setzen. Ganz kurz noch zum Schluss, glauben Sie, dass andere Unternehmen ähnlich reagieren werden jetzt, wie die EVN?

Eigentlich erwarte eigentlich, dass die Energienbieter sich an ihren Versorgungsauftrag halten und nicht solche Maßnahmen setzen, bei denen dann zig Tausende vor dem Problem stehen können, dass sie, wenn sie nicht reagieren, hier einfach keine Energie mehr haben.

Wenig Verständnis also von Thomas Hirmke für das Vorgehen der EVN, Thomas Hirmke vom Verein für Konsumenteninformation, war das vielen Dank für diese Informationen.

Sehr gerne.

Wir bleiben noch in Niederösterreich, sehen uns jetzt aber die Koalitionsverhandlungen dort an.

Die ÖVP hat ja bis vor kurzem mit der SPÖ verhandelt, die roten Forderungen waren der ÖVP aber offenbar zu viel.

Seit gestern laufen jetzt also Verhandlungen mit der FPÖ, dabei hätten die Freiheitlichen eigentlich eine Wahlkampfansage zu erfüllen, nämlich Johanna Mikl-Leitner nicht zur Landeshauptfrau zu wählen.

Davon dürfte die FPÖ jetzt aber abrücken, Niklas Lercher berichtet.

Niederösterreichslandeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner setzt jetzt alles auf Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ, doch auch die Freiheitlichen haben eigentlich eine unverrückbare Position, die Landesschef Udo Landbauer der ÖVP am Donnerstag noch einmal ausgerichtet hat.

Dass wir versprochen haben, Johanna Mikl-Leitner als Person nicht mehr zur Landeshauptfrau zu wählen, denn wir haben dieses Versprechen aus Erfahrung und aus Überzeugung gegeben und wir Freiheitliche halten unsere Versprechen.

Eine klar gezogene Linie hinter die Landbauer normalerweise nicht mehr zurück kann, ohne politisch an Glaubwürdigkeit zu verlieren und Landbauer legt am Donnerstag noch nach.

Ich schicke voraus, dass wir nicht vergessen, wie Johanna Mikl-Leitner nach dem Regieplan des Herrn Ziegler, ORF-Landesdirektor von Ihren persönlichen Gnaden, versucht hat, die freiheitlichen

und mich persönlich zu ruinieren.

Die Ablehnung beruht auf Gegenseitigkeit.

2018 im Licht der Liederbuchaffäre hat Mikl-Leitner über Landbauer gemeint, sein Verhalten sei keine Basis für eine Zusammenarbeit in der Landesregierung.

Gestern bei der ersten Verhandlungsrunde dann plötzlich die Kehrtwende.

Wenn wir zusammenkommen, dann wird das sicherlich keine Liebesbeziehung, sondern es muss eine

professionelle, vertrauensvolle Beziehung sein.

Und Landbauer sagt zu seiner Position, Mikl-Leitner nicht mit den Stimmen der Freiheitlichen zur Landeshauptfrau zu machen.

Sie können davon ausgehen, dass das, was ich im Wahlkampf gesagt habe, auch in Zukunft gelten wird.

Aber nur durch eine politische Verrenkung, für die es bei der Wählerschaft der FPÖ wohl viel Fantasie braucht.

Bei der konstituierenden Sitzung des Landtags in zwei Wochen könnten die Freiheitlichen einfach den Saal verlassen, dann reichen auch die Stimmen der ÖVP alleine, um Mikl-Leitner als Landeshauptfrau zu wählen.

Das politische Schicksal von Mikl-Leitner ist eng verknüpft mit diesem Manöver der FPÖ.

Denn wenn Landbauer wirklich auf eine Koalition ohne Mikl-Leitner an der Spitze pocht, dann dürfte der Gegenwind in der ÖVP für die Landeschaft hin stärker werden.

Vor allem aus dem Bauernbund.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka kommt wie Mikl-Leitner aus dem Arbeitnehmerbund in Niederösterreich zur Frage, ob der Bauernbund noch hinter der Landeschaft entstehe.

Ich glaube, es ist jedermann gut beraten, hier eine klare Haltung an den Tag zu legen.

Ich sehe keine Zeichen, dass das nicht der Fall wäre.

Verteidigungsministerin Claudia Tanner war Bauernbund-Direktorin in Niederösterreich und sitzt immer noch im Präsidium.

Die ursprüngliche Forderung der FPÖ schiebt Tanner zur Seite.

Das sind was, wäre wenn, Fragen.

Fragen, mit denen die FPÖ dem Preis bei den Verhandlungen aber hochtreiben kann.

Bis kommenden Mittwoch soll eine Einigung stehen.

Außenminister Alexander Schallenberg war gestern in Bosnien gemeinsam mit dem italienischen Außenminister Antonio Taiani.

Beide haben auf Reformen in dem Land getränkt, helft uns, damit wir euch helfen können war die Botschaft.

Bosnien hat im Dezember den EU-Kandidatenstatus erhalten und seit Jenner ist eine neue Regierung im Abend.

Und diese hat gestern zugesagt, die von der EU geforderten Reformen auch umzusetzen.

Allerdings ist Bosnien auch drei Jahrzehnte nach dem Jugoslawien-Krieg noch immer ein

gespaltenes Land, berichtet Birgit Schwarz.

Rund 300 österreichische Soldaten und ein Dutzend Soldatinnen haben sich im großen Speisesaal am Stützpunkt der EU-Mission Eufor Altea in Sarajevo versammelt.

Sie warten auf Hohen Besuch, doch der Außenminister hat einen langen Tag mit Gesprächen im Stundentakt

hinter sich.

Ich sage immer, ich bin ein bisschen wie der Flugplan der Aua, je später der Tag, desto länger meine Verzögerung.

Der Krieg in der Ukraine hat Ängste geschürt, Russland könnte auf dem Westbalkan einen weiteren Konflikt anzünden, deshalb wurde die hier im Camp stationierte Truppe verdoppelt.

Wir wissen, dass Russland Störkapazität hat weit über die Ukraine hinaus und daher wird die Präsenz hier umso wichtiger, die stabilisierende Präsenz, die sichtbare Präsenz und es geht letztlich um ein europäisches Land.

Eine geostrategische Entscheidung, sagt Österreichs Außenminister, es gehe um einen Systemkampf gegen Russland.

Deshalb hat Bosnien Herzegovina im Dezember EU-Beitrittskandidatenstatus erlangt, obwohl es seit Jahren keine Fortschritte bei den von der EU verlangten Reformen gibt.

Das multiethnische Land ist nie richtig zusammengewachsen, in der Republikas Rübser gibt es eine große Nähe zu Russland und immer wieder Drohung mit Abspaltung.

Die Menschen lebten nach wie vor in Parallelwelten, sagt Borga Rudic, die Generalsekretärin des Landesweiten Journalistenverbandes, das liege vor allem an einer korrupten politischen Klasse, die immer wieder Kräben aufreißt.

Wir haben keine neue politische Agenda und keine Politiker mit genügendem Energie, endlich die Grenzen innerhalb unseres Landes verschwinden zu lassen.

Die erfahrene Journalistin hat vor 30 Jahren in Bosnien über den Jugoslawienkrieg berichtet.

Nach Kriegsende habe es eine Phase des Optimismus gegeben, doch das sei lange vorbei.

Heute verließen junge, gut ausgebildete Leute in Scharen das Land, weil es für sie keine Perspektive gäbe.

Ich habe eine Tochter, sie studiert Ethnologie und will das Land verlassen, das macht mich sehr traurig, aber ich unterstütze sie dabei.

Bosnia Serben und Kroaten blockieren sich gegenseitig, außerdem ist das Land nicht voll souverän.

Im Streitfall liegt die Entscheidungsgewalt bei einem Vertreter der internationalen Gemeinschaft beim hohen Repräsentanten.

Wir haben viel zu viele junge Leute, die das Land immer noch verlassen, ja Österreich profitiert davon, aber ich will in Wirklichkeit aller Lang ein Bosnienherz zu gewinnen, wo es weder eine fremde EU-Mission geben muss, noch einen hohen Repräsentanten und die jungen Menschen nicht das Land verlassen, weil sie hier keine Chance und keine Zukunft sehen.

Europäische Integration aus eigener Kraft und als Gegengift gegen nationalistische Spaltung.

Das war die Hauptbotschaft des Besuchs von Außenminister Schallenberg in Sarajevo und es wird nicht sein letzter gewesen sein.

Nächstes Thema im Morgenjournal ist die Cyberkriminalität, da hat es im Vorjahr eine Steigerung um

fast 30% gegeben, mehr als 45.000 Fälle sind angezeigt worden.

Zu den betroffenen Unternehmen haben in der jüngeren Vergangenheit die Salzburg-Milch-FACC Palfinger oder Rosenbauer gehört, immer öfters suchen sich die Hecker aber klein und mittel Betriebe als Ziel aus, das zeigt eine Analyse des Kreditschutzverbands KSV.

Volker Obermeier.

Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung erhöht die Sicherheitsrisiken und damit die Zahl der Angriffe.

Der Bogen spannt sich vom Datenfälschung und Diebstahl bis hin zur Systemblockade.

Nach wie vor würden zu viele Unternehmen die Gefahren aus dem Netz unterschätzen, sagt Alexander Mitter, Chef der KSV-Tochter Nimbussek.

Er warnt vor unfolgekosten Wenderschutz zu gering und etwa die Produktion ausfällt.

Diese Lieferausfälle können dann zu Pinalezahlungen führen, aber auch Haftungsthematiken, bis hin dazu, dass Versicherungen die Zahlungen ablehnen, wenn hier Koopfalle sich gehandelt wird.

Ulrich Kallosch, Chef der Beratungsfirma Certitude, sieht immer öfter Angriffe auf kritische Infrastruktur als Folge des Kriegs in der Ukraine.

Das sind professionelle Organisationen, die teilweise mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten vielen auch finanziert werden, dadurch genügend Mittel haben, um entsprechend unter anderem mit künstlicher Intelligenz auch Schadsoftware so zu verändern, dass sie auch professionelle Einheiten auf abwährenden Seite damit nicht mehr zurückkommen.

Seiner Prognose zufolge wird es über kurz oder lang jeden Treffen zu ungleich sein, die Mittel von Angreifern und Angegriffen.

Es wird jedes Unternehmen im Laufe der nächsten vielen Jahre einmal zu tun haben mit einem Angriff.

Wenn man also seinen Angriff selber erleben wird, muss man sich entsprechend vorbereiten.

Kallosch und andere Experten empfehlen, bei der Sicherheit nicht zu sparen, eine klare Abwehrstrategie zu haben, Backups anzulegen, Notfallpläne auszudrucken und auch Netzwerke zu segmentieren, um den Schaden zu begrenzen.

Als eine oft wenig beachtete Gefahr bezeichnet Alexander Mitter von Nimbosec die Webseiten der Unternehmern mit unter 10.000en Zugriffen.

Sind sie infiziert, können sich Schadsoftware innerhalb kurzer Zeit großflächig verbreiten.

Viele Unternehmen vergessen, dass sie ein IT-System extern betreiben, für das sie selbst Verantwortung haben, nämlich ihre Webseite.

Auch diese muss sehr genau gepflegt werden, weil sie es uns angegriffen werden kann.

Spätestens ab dem Herbst des kommenden Jahres müssen Firmen in der EU in puncto Saibersicherheit

viel sein, gerade wenn es um kritische Infrastruktur geht.

Fehlt ein solcher Nachweis, kann eine Geschäftsbeziehung etwa mit einem Lieferanten, Haftungen sowie Strafen für Unternehmen und deren Vorstände bedeuten.

Vier Jahre nach dem verheerenden Brand in der Kathedrale Notre Dame in Paris schreitet der Wiederaufbau zügig voran, noch heuer wird der berühmte Spitzturm wieder angebracht.

Bis zur Eröffnung der Kathedrale wird es allerdings noch etwas dauern, die ist für Ende 2024 geplant.

Eine aktuelle Ausstellung in Paris zeigt aber schon jetzt Kunstschatze, die aus den Flammen gerettet werden konnten, berichtet aus Paris Cornelia Primosh.

Sie ist die meistfotografierte Baustelle in Paris, zumindest den vielen Touristen nach

zu urteilen.

Die vor Notre Dame, ihre Handys zücken.

Selbst vom Großbrand verwundet, zieht die Kathedrale ihre Bewunderer an, die von Absperrungen auf Abstand gehalten werden.

Nur ausgewählten ist der Zutritt gestattet, wie Isabel Marquette.

Draußen geht es zu wem einem Ameisenhaufen, es arbeiten Hunderte am Wiederaufbau der Kathedrale mit.

Es sieht aus wie ein Labyrinth aus Metallrohren.

Das verheerende Feuer wird Isabel Marquette jeden Tag in Erinnerung gerufen, wenn sie an ihren Arbeitsplatz in die Cité de l'Architecteur kommt.

Am Beginn der von ihr mitgestalteten Ausstellung zeigt ein Meter hohes Plakat das verwüstete Kirchenschiff einen Tag nach dem Brand.

Der Rest eines verkohlten Holzbalkens zeigt selbst hinter Plexiglas von der Zerstörungskraft des Feuers.

Ich erinnere mich noch, genau wo ich war, als ich vom Feuer erfahren habe, ich war fassungslos, es ist etwas in mir zusammengebrochen, fast wie die Turmspitze.

Die berühmte Turmspitze, die gemeinsam mit dem Dachstuhl eingestürzt war, wird jetzt wieder errichtet, anhand der ausgestellten Originalmodelle.

Auch den Materialien für den Wiederaufbau wird viel Raum geboten, wie zugeschnittenen Stämmen von ausgewählten Eichen.

Die heutige Baustelle reiht sich ein in die Geschichte der Notre-Dame-Renovierungen, die Konstante bilden immer Stein, Holz und Mittel, sowie die Handwerker.

Zu den Steinmetzen oder Zimmermännern kommen auch neue Berufsgruppen dazu.

Es geht also um die lange Renovierungsgeschichte und die der beteiligten Frauen und Männer.

Die Wiederaufbauarbeiten gehen zügig voran, doch schon vorab sind im Architekturmuseum einige Kunstschatze von Notre-Dame zu sehen, wie restaurierte Glasfenster, Gemälde, Orgelpfeifen.

So nah wie noch nie zeigen sich 16 mächtige Statuen, die am Fuß der Turmspitze angebracht waren.

Nur wenige Tage vor dem Brand waren sie für Renovierungsarbeiten abmontiert worden.

Der Held der Ausstellung, aber ist der Wetterhahn, bestätigt Kuratorin Isabel Marquette.

Der Hahn ist eines der stärksten Symbole.

Er ist am Abend des Brandes von der Turmspitze 96 Meter in die Tiefe gestürzt.

Man sieht noch, wie verbolt er war, aber es gibt ihn immer noch und eröffnet die Ausstellung.

Ende nächsten Jahres soll Notre-Dame-de-Paris gründlich renoviert und in neuem Glanz wieder eröffnet werden.

Er gilt als einer der schwierigeren Zeitgenossen der Popmusik, aber auch als einer der begnadetsten.

Der Nordirische Sänger Van Morrison seit den 1960ern ist er eine fixe Größe und einige seiner Alben zählen zu einem besten der Popgeschichte.

Jetzt veröffentlicht Van Morrison ein neues Werk, auf dem er zu seinen Anfängen zurückkehrt.

Mit Moving on Skiffle verneigt er sich vor der Skiffelmusik der späten 1950er und frühen 1960er Jahre.

Vor den Beatles war Skiffle, ein eigentlich recht kurzlebiger Trend, der aber an Feuer entfachte.

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (11.03.2023)

Tausende Teenager-Bands gründen ließ und den Teppich ausrollte für das, was als British Beatboom in die Popgeschichte eingehen sollte.

In Belfast gründete George Ivan Morrison mit Freunden aus seiner Straße seine erste Band. Inspiriert wurde Van Morrison durch die Plattensammlung seines Vaters, die Grundzutaten des Skiffle,

Blues, Jazz, Gospel, Country und Bluegrass, all das sogehört als seiner frühesten Kindheit auf.

Mit 77 bestens aufgelegt und mit einer Stimme wie 17 kehrt Van Morrison nun zu seinen Wurzeln zurück.

Seins Skiffle setzt zwar auch auf die typischen, aus Waschbrettern, Kisten und Fässern selbst gebastelten Instrumente, es bleibt aber nicht bei der original getreuen Restaurierung.

Diese Cover-Version entsprühen Vervisalität.

Und wie es sich gehört, verströmen diese Lieder das Versprechen des weiten amerikanischen Westens.

Songtitel wie Freight Train, Streamline Train oder Travel in Blues verdeutlichen die Sehnsucht, die das Skiffle in sich trug.

Dieses Album ist eine durchwegs warmherzige und gesellige Angelegenheit.

Getragen vom Dialog zwischen Van Morrison und seinen Background-Sängern und Sängern, dazu klimpert das Klavier und ab und zu lässt der Meister höchstpersönlich das Saxophon aufheulen.

Moving on Skiffle dokumentiert das freudige Wiedesehen mit einer Jugendliebe.

Noch immer sprühen da die Funken, wenn Van Morrison auf Skiffle trifft.

Diese Schwelgen hätte zwar nicht unbedingt gleich 23 Songs lang dauern müssen, doch dafür genießt Van Morrison sein Rondeau viel zu sehr.

David Baldinger hat berichtet und die Meldungen hat jetzt Dutta Bergmann.

Im Streit um US-Subventionen für grüne Technologien sind sich die USA und die EU einen Schritt näher gekommen.

Beide Seiten streben ein Abkommen für kritische Mineralien an.

Das geben US-Präsident Biden und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen nach Gesprächen in Weißenhaus bekannt.

Hintergrund ist ein US-Gesetz, dass Subventionen für Klimaschutzinvestitionen daran knüpft, dass US-Produkte verwendet werden oder in den USA produziert wird.

Die EU sieht darin massive Wettbewerbsnachteile und befürchtet, dass Unternehmen in den USA abwandern könnten.

Der neue Deal soll EU-Produkte einbinden.

In den USA hat der Zusammenbruch des Start-up-Finanzierers SWB einen Schock im US-Bankensektor ausgelöst.

Die Kurse der großen Geldhäuser an der Wall Street sind zeitweise massiv abgesagt, an legerbefürchten, schlummernde Risiken in den Balancen.

Die Silicon Valley Bank wurde nach massiven Kursverlusten von einer kalifornischen Regulierungsbehörde geschlossen.

Es ist die größte US-Bankenpleite seit der Finanzkrise.

Der chinesische Volkskongress hat Li Jiang zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Der 63-Jährige folgt auf Li Kue Chiang, der nach zehn Jahren aus dem Amt scheidet.

Li Chiang gilt im Gegensatz zu seinem Vorgänger als enger Vertrauter von Präsident Xi Jinping.

Heftige Sturmböen haben in den nachten Meeren Bundesländern zu zahlreichen

Feuerwehreinsätzen

geführt.

In Oberösterreich mussten umgestürzte Bäume beseitigt werden.

Im Bezirk Kirchdorf war ein Zug auf offener Strecke blockiert, die Pürnstrecke war vier

Stunden lang gesperrt, auch aus dem Burgenland werden zahlreiche Einsätze gemeldet.

Und damit zum Wetter nach der stürmischen Nacht im Osten bis Mittag noch weiterhin Sturmböen.

Dazu wechselhaft, Schauer vor allem an der Alpenauzeit, die Temperaturen zwischen ein

und neun im Süden bis zu zwölf Grad.

Das war das Morgenschnall um sieben und jetzt ist wieder Ursula Scheidler am Wart.

Willkommen, meine Damen und Herren, zu Frühmusik am Samstag.